

Stadt will alle rechtlichen Mittel ausschöpfen

OB kündigt Widerstand gegen neues Zwischenlager für radioaktiven Abfall in Wolfgang an / Briefe an Abgeordnete

Hanau (hp/ed) ■ Han- aus Oberbürgermeister Claus Kaminsky will die Landesregierung „in die Pflicht und beim Wort nehmen.“ Wie das Hessische Umweltministerium will er für Hanau das Ende des Uranzeitalters im Stadtteil Wolfgang. „Und nun“, so der OB, „soll plötzlich ein zweites Atommüll-Zwischenlager

genau dort gebaut werden? Das grenzt an politische Schizophrenie!“ Dagegen kündigt Kaminsky den Widerstand der Stadt an, „denn niemand kann uns garantieren, dass dies nicht vielleicht der Anfang für einen Wiedereinstieg in die Atomwirtschaft in Hanau sein könnte.“

Er verweist darauf,

dass in Hanau seit Jahren über alle Parteigrenzen hinweg gemeinsam und einmütig gegen solche Vorhaben vorgegangen werde und baut auf diesen breiten Konsens auch in dem neuen Fall. Für Kaminsky ist es höchste Zeit, dass fast genau ein Jahr nach dem Abtransport der letzten Brennelemente aus dem

Spaltstoffbunker in Wolfgang nunmehr der Weg frei gemacht wird für eine neue Nutzung des Geländes.

Da Kaminsky weiß, dass juristisch wenige Mittel bleiben, weil zum einem bei dem Antrag der Firma Nuclear Cargo Service (NCS) nicht nach dem Atomgesetz verfahren werden muss und

zum anderen die Stadt lediglich für die Baugenehmigung zuständig ist, setzt er auf politischen Druck und hat sich unter anderem mit einem Brief an die hiesigen Bundes- und Landtagsabgeordneten mit der Bitte um aktive Hilfe gewandt. „Wir wollen und werden alles anbieten, was uns zur Verfügung steht, um ein

neues ‚Atomdorf‘ zu verhindern,“ betont Kaminsky.

Die Fraktion Die Linke im Stadtparlament spricht sich gegen ein geplantes atomares Zwischenlager in Hanau aus. Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden Jochen Dohn wäre es wünschenswert, wenn alle politischen Akteure ge-

meinsam und geschlossen gegen das Lager auftreten würden.

Die Grünen haben eine schriftliche Anfrage mit zehn Punkten an den Magistrat gerichtet. Die Fraktion will unter anderem wissen, mit welchen juristischen und politischen Mitteln sich die Stadt gegen das neue Lager wehren will.